

Nein zu rechtsradikalen Aktivitäten - Demonstration in Heinsberg-Randerath



Ein Teil der Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
Foto: dK

Eine große Gruppe von Menschen hatte sich trotz brütender Hitze auf dem Schulhof der Randerather Grundschule versammelt, um gegen eine Veranstaltung der NPD am folgenden Tag zu demonstrieren. Aufgerufen zu dieser Kundgebung hatte das „Bündnis gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Toleranz im Kreis Heinsberg“.

Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes und Beamte der Polizei, denen von den Veranstaltern für Ihren Einsatz herzlich gedankt wurde, waren für alle Fälle vor Ort, blieben an diesem Spätnachmittag aber arbeitslos.

Solidarische Kraft gegen Hass und Gewalt

Wilfried Mercks, Mitglied im Sprecherkreis des Bündnisses gegen Rechtsextremismus, fand unmissverständliche Worte an die Adresse der NPD-Anhänger: „Bleibt, wo ihr seid, lasst uns in Ruhe!“

Er stellte die Ziele des Bündnisses vor, das auf der Basis von Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ im Kreis Heinsberg Aufklärungsarbeit betreibt im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Partnerinnen und Partner sind dabei Schulen, Verbände, Parteien, Kirchengemeinden, Presse und viele andere, die ihr Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf diese Weise konkret werden lassen.

So soll in gemeinsamer Anstrengung ein Klima geschaffen werden, in dem kein Platz ist für alle Spielarten menschenverachtenden Denkens und Handelns.

Bildungsinitiative gegen rechtsextremes Gedankengut

Heinz-Theo Tholen, Stellvertretender Landrat des Kreises Heinsberg, wies auf die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und das sich in der Gesellschaft ausbreitende rechtsextreme Gedankengut hin, mit dem schon Jugendliche konfrontiert und infiziert werden.

Als Gegenmaßnahme, so Tholen, habe der Heinsberger Kreistag eine politische Bildungsoffensive beschlossen. Zahlreiche Maßnahmen seien bereits angelaufen: entgeltfreie Vorträge, Seminare, Studienfahrten und Weiterbildungsmaßnahmen der VHS bezögen deutlich Position gegen neonazistische Propaganda und fremdenfeindliche Diskriminierung.

An die NPD gerichtet, kritisierte er deren Versuch, die zweifellos unglückliche Situation in Randerath zu missbrauchen, um rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebung galten seine abschließenden Worte: „Mit Ihrer Anwesenheit hier und heute beweisen Sie Zivilcourage im Kampf gegen Rechtsextremismus. Hierfür möchte ich Ihnen Dank und Anerkennung aussprechen.“

Christliches Menschenbild als Grundlage des Handelns

Als dritter Redner brachte Pastoralreferent Johannes Eschweiler die biblische und damit kirchliche Sicht zum Problem des Rechtsextremismus ein:

„Vor Gott sind alle Menschen gleich, von Gott sind alle Menschen geliebt, alle sind sogar Ebenbild Gottes, so sagt es der christliche Glaube.“

Dieses christliche Menschenbild werde, wenn man den Neonazis glaube, ausgehebelt. Seine Kirche stehe „für eine Gesellschaftsform, in der die Menschen frei und ohne Unterdrückung und erst recht Ausgrenzung leben können.“

Er rief dazu auf, in allen Lebensbereichen gegen Unterdrückung und Ausgrenzung anzugehen. Ein besonderes Augenmerk müsse den jungen Menschen in Schulen, Vereinen und Einrichtungen gelten, um sie durch eine gute Aufklärungsarbeit gegen die Parolen der Neonazis zu schützen.

Johannes de Kleine